

LANDTAGSSCHAU

Dietmar Panske MdL



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

ich möchte die erste Ausgabe meiner Landtagsschau in diesem Jahr zunächst dafür nutzen Ihnen und Ihren Familien alles Gute für das neue Jahr 2022 sowie Glück, Erfolg und vor allem Gesundheit zu wünschen!

Auch in diesem Jahr stehen wir sicherlich vor großen Herausforderungen. Hierzu zählt weiter die Bekämpfung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen, aber auch die Neuaufstellung unserer CDU mit Friedrich Merz als neuem CDU-Bundesvorsitzenden.

Der politische Höhepunkt des Jahres wird für uns die Landtagswahl am 15. Mai sein. Wir werden als CDU, aber auch ich persönlich, mit aller Kraft dafür kämpfen, dass unser Landesvorsitzender Hendrik Wüst Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen bleibt.

Die Ausgangsposition hierfür ist gut. Die CDU-geführte Landesregierung hat in den vergangenen Jahren viel erreicht: Wir haben den Rückstand bei der Digitalisierung unserer Schulen zu einem guten Stück aufgeholt, unser Land sicherer gemacht, Rekordsummen in bessere Mobilität investiert und unsere Kommunen gestärkt. Die Regierungskoalition arbeitet vertrauensvoll und zielorientiert zusammen. So dienen wir den Menschen am besten.

In das neue Jahr starte ich daher mit großer Zuversicht. Gemeinsam werden wir es schaffen, dass 2022 zu einem guten Jahr wird – für unser Land und für uns alle!

Nun aber zurück zur eigentlichen Landtagsschau, denn auch wenn das Jahr 2022 erst knapp einen Monat alt ist, hat sich in Düsseldorf schon einiges bewegt. In der ersten Ausgabe meiner Landtagsschau in diesem Jahr möchte ich Sie daher über folgende Themen informieren:

- Die Einführung einer Wolfsverordnung für NRW
- Das 10-Punkte-Programm für einen Planungs-, Genehmigungs- und Bauhochlauf
- Eine Bundesratsinitiative aus NRW zum Abbau genehmigungsrechtlicher Hindernisse bei Stallumbauten für mehr Tierwohl

Für Rückfragen und auch Rückmeldungen können Sie sich wie gewohnt jederzeit bei mir melden!

Ihnen nun viel Freude beim Lesen!



Wolfsverordnung für NRW

Die Interessen des Naturschutzes und traditionellen Landnutzung müssen in Einklang gebracht werden

Mit einer neuen Wolfsverordnung wollen wir den Schutz insbesondere von Haus- und Nutztieren vor Wölfen verbessern. Zwar ist der Wolf aufgrund von EU-Richtlinien streng geschützt, jedoch darf es kein Tabu sein Problemwölfen, die etwa Schafe, Ziegen oder Ponys reißen, zu entnehmen.

Seit 2016 häufen sich schließlich auch die Wolfssichtungen in Nordrhein-Westfalen. Mittlerweile haben sich mehrere Tiere hier dauerhaft niedergelassen.

Auch in unserer Region scheint der Wolf langsam vorzudringen. So wurde erst vor knapp einem Monat in der Nacht zum 06. Dezember 2021 ein Wolf an einem Feldrand in Rosendahl von einer Fotofalle erfasst. Aufgrund der Erfahrungen anderer Bundesländer ist zu erwarten, dass die Zahl der Wölfe in NRW und bei uns noch zunehmen wird.

Der NRW-Koalition ist der Schutz der Weidetiere und der Bevölkerung vor den Auswirkungen einer immer stärkeren Verbreitung dieses Raubtieres ein ernstes Anliegen. Dabei müssen unter anderem die Interessen des Naturschutzes, aber auch die berechtigten Interessen der Weide- und Hobbytierhalter in Einklang gebracht werden. Eine Wolfsverordnung soll dieses Ziel unterstützen.

Durch die von CDU und FDP beantragte neue Verordnung soll es künftig möglich sein, Wölfe zu vergrämen, also beispielsweise mit Hilfe von Gummigeschossen zu vertreiben. Im äußersten Fall soll das Umweltministerium über einen Abschuss entscheiden dürfen. Darüber hinaus soll die Landesförderung von Schutzmaßnahmen fortgeführt werden.

Den vollständigen Antrag finden Sie [hier](#).

„Wir müssen auf dem eingeschlagenen Weg weiter vorankommen!“ – Planungs-, Genehmigungs- und Bauhochlauf konsequent fortsetzeng



Der Erhalt und der gute Zustand der Straßeninfrastruktur ist in einem dicht besiedelten Industrie- und Transitland wie Nordrhein-Westfalen von besonderer Bedeutung. Er ist zugleich Wirtschaftsfaktor und garantiert den Menschen Wohlstand und soziale Sicherheit. Umso wichtiger ist es, den Investitionsstau dauerhaft aufzulösen. Deshalb hat das NRW-Verkehrsminis-

terium seit 2017 einen Planungs-, Genehmigungs- und Bauhochlauf gestartet.

Zwei Infrastrukturpakete sind inzwischen verabschiedet worden. Kontinuierlich wurden die Mittel für die Einstellung von Fachpersonal beim Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen erhöht. Gleichzeitig sind die Leistungen für externe Planungsbüros auf Rekordhöhen angestiegen.

Insgesamt wurden so knapp 600 Millionen Euro

mehr Bundesmittel für Infrastrukturmaßnahmen vom Bund abgerufen als eigentlich für Nordrhein-Westfalen vorgesehen waren.

Jetzt ist entscheidend, dass wir in NRW auf diesem Weg weiter vorankommen. Der langjährige Inves-

titionsstau zwingt uns, dass wir Planung, Genehmigung und Bau großer Infrastrukturprojekte vereinfachen und beschleunigen. Mit dem nun vorgelegten 10-Punkte-Programm können die Voraussetzungen geschaffen werden, viel schneller zu sein, als es bislang möglich war.

Das wichtigsten Eckpunkte dieses Programms finden Sie hier:

1. Ersatzneubau ohne erneute Planfeststellung

Gibt es für einen Autobahn Abschnitt bereits eine gesetzlichen Planungsauftrag, sollen einzelne Bauwerke künftig ohne weitere Betrachtung entsprechend angepasst bzw. ausgebaut werden

2. Ersatzneubauten ohne erneute Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)

Bei Ersatzneubauten soll ausnahmslos auf eine erneute Umweltverträglichkeitsprüfung verzichtet werden.

3. Funktionale Ausschreibungen nutzen

Funktionale Ausschreibungen (gemeinsame Vergabe von Planung und Bauleistung) sollen systematisch zur Beschleunigung von Bauprojekten eingesetzt werden. Planung und Bau werden somit aus einer Hand geliefert und effizient abgestimmt.

4. Bonus-Malus-Regelungen

Flächendeckend sollen Bonus-Malus-Regelungen in Bauverträgen verbindlich eingeführt werden, um die Einhaltung/Überschreitung der Bauzeit zu belohnen – und die Überschreitung der vertraglich vereinbarten Bauzeit zu sanktionieren.

5. Vergabe vereinfachen

Schon jetzt ist im Falle „äußerster Dringlichkeit“ ein vereinfachtes Vergabeverfahren möglich. Für besonders kritische Bauvorhaben wird künftig ein solches Verfahren sorgfältig geprüft.

Genehmigungsrechtliche Türen öffnen, damit die Umstellung zu mehr Tierwohl vorankommt

Aus zahlreichen Gesprächen mit Landwirtinnen und Landwirten weiß ich, dass es auch in unserer Region viele engagierte landwirtschaftliche Betriebe gibt, die ihre Ställe gerne mit Blick auf mehr Tierwohl umbauen würden aber oftmals durch rechtliche Vorgaben ausgebremst werden.

Diese Vorgaben müssen vereinfacht werden, um Landwirtin und Landwirte in die Lage zu versetzen, den Umbau zu mehr Tierwohl einfacher zu realisieren. Hierfür brauchen sie aber politische Unterstützung und eine langfristige Perspektive sowie Sicherheit, dass sich Investitionen in ein Mehr an Tierwohl auch auszahlen können. Politik

hat bisher schlicht und einfach zu häufig die Spielregeln geändert, als das sich Landwirtinnen und Landwirte darauf hätten einstellen können.

Nordrhein-Westfalen will den Weg einer nachhaltigen Nutztierhaltung nun weiter forcieren. Mit einer für den 11. Februar geplanten Gesetzes-Initiative im Bundesrat sollen unter anderem Stallumbauten erleichtert, Regelungslücken geschlossen und baurechtliche Hürden abgebaut werden, damit die Umstellung unserer Nutztierhaltung auf Tierwohl in der Fläche vorankommt.



Der Gesetzentwurf der CDU-geführten Landesregierung besteht aus drei Paketen und sieht folgende Eckpunkte vor:

- 1.** Erstes Kernstück ist ein eigenständiges Tierwohlgesetz. Damit soll erstmals die Grundlage dafür geschaffen werden, dass einheitlich und zudem rechtsübergreifend klargestellt wird, was unter „Tierwohl“ zu verstehen ist und dies insofern einheitlich ausgelegt wird.
- 2.** Ergänzungen im Baurecht: Einfügung einer Öffnungsklausel für Tierwohlställe generell; diese Öffnungsklausel gilt tierartübergreifend.
„Altställe“, die nicht mehr für die Tierhaltung genutzt werden, verlieren ab 7 Jahren ihre Betriebserlaubnis und gelten damit nicht mehr als aktiv geführtes Stallgebäude. Dies schafft Entlastung bei der immissionsschutzrechtlichen „Vorlastberechnung“ und damit Entwicklungspotenzial für verbleibende Betriebe.
- 3.** Anpassungen im Naturschutzrecht, so dass bei der behördlichen Abwägung mit Belangen des Naturschutzes auch das Tierwohl stärker Berücksichtigung findet.

Information ***Windenergie***

NRW liegt deutschlandweit bei der Windenergie ganz vorne und treibt den Ausbau weiter voran. Das belegen die kürzlich vom Landesverband Erneuerbare Energien (LEE) vorgestellten Zahlen zum Windenergieausbau 2021. Mit 83 neuen Anlagen (zum Vergleich Bayern: acht) und einem Zubau von 311 Megawatt 2021 liegt NRW nach Niedersachsen und Brandenburg auf einem Spitzenplatz unter den deutschen Bundesländern.

NRW geht also beim Ausbau der Windenergie weiter voran. Wir wissen aber, dass die Ausbauzahlen immer noch zu niedrig sind und wir weiter an Tempo zulegen müssen.

Übrigens,

mehr Informationen zu meiner politischen Arbeit in Düsseldorf und im Wahlkreis finden Sie auf meinen Social Media Kanälen. Schauen Sie gerne vorbei:

 [dietmar.panske](https://www.instagram.com/dietmar.panske)

 [Dietmar Panske](https://www.facebook.com/DietmarPanske)

Mit freundlichen Grüßen

